

Ersteinstklassig
ausdrückt, mit Namen
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreise
monatlich 80 Pf.,
vierteljährlich 1,80 Mk.,
prämium. frei ins Haus.
Durch die Post bezogen
1,80 Mk. inkl. Postgebühren.

Die Neue Welt
(Anzeigenscheinblätter),
durch die Post nicht bezugbar,
kostet monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 80 Pf.

Stephan Nr. 1047.
Telegraphen-Nr. 1047.
Volksblatt Halle/Saale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühren
besteht für die 6 spalten
weiteste oder deren Raum
20 Pfennig.
für zweispaltiges Raupagen
25 Pfennig.
Im reaktionären Blatt
kostet die Zeile 75 Pfennig.

Insertate
für die fällige Nummer
müssen spätestens die vor-
mittags halb 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben
sein.

Eintragungen in die
Postzustellungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baunburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43.

Redaktion: Harz 42/43.

Auf zu den Stichwahlen!

In großer Siegesgewissheit waren die deutschen Arbeiter am 25. Januar in ihren guten Kampf gegangen. Aber ein übermächtiger Vierbund von Dummheit und Betrug, Wahlkreisunrecht und Mandatschacher rang ihnen mit rohen Fäusten den Sieg aus den Händen. Jetzt aber rufen die Signale zum zweiten und letzten Treffen.

Freude und stolze Sicherheit sind diesmal unsere Begleiter nicht. Aber noch haben wir unsern **Troß** und unser **Pflichtbewußtsein**. Was über leichtfertige Verläumdungen vom 25. Januar Nachsicht hinwegleiten; für den Sozialdemokraten, der am 5. Februar seine Pflicht nicht bis zum Äußersten erfüllte, gäbe es keine Entschuldigung. „In Fährden und in Nöten zeigt sich das Volk erst echt!“ Wenn sich das Wort am deutschen Volk der Arbeit diesmal bewährt, werden die vorerlittenen Triumphe vom 25. Januar noch manche bittere Enttäuschung erleben.

Drüben bieten sie das Äußerste auf, um die deutsche Sozialdemokratie aufs Knie zu zwingen. So befehlt der Herr seinen Konservativen und liberal-freisinnigen Heerführern in der Nord. Allgem. Ztg.:

Noch ist die Niederlage der Sozialdemokratie vom 25. Januar erst eine vorläufige; das letzte Wort wird am 5. Februar gesprochen werden. Hier gilt es, die Sozialdemokratie so zu treffen, daß sie ihr Haupt nicht wieder zu früherem Uebermut zu erheben wagt, daß ihre Niederlage, wie es am vorletzten Freitag der Wille des geeinten Bürgertums war, zum **moralischen Zusammenbruch** wird.

Es ist lächerlich und töricht, von „Zusammenbruch“ und gar noch von einem „moralischen“ einer Partei zu reden, die an der Spitze aller Parteien stehend, im schlimmsten Sturm immer noch eine Viertelmillion neuer Anhänger gewonnen hat und fast eine Viertelmillion mehr Stimmen zählt als Konservative, Reichspartei und Nationalliberale zusammen. Ihre Mandatverluste sind die Folge keines wirklichen Rückgangs, sondern unnatürlicher Zusammenpressungen, durch die der Wille des Volkes verzerrt und verfälscht worden ist. Gelänge der Sozialdemokratie, was theoretisch möglich wäre, in **sämtlichen** Kreisen, in denen sie am 5. Februar in Stichwahl steht, das Feld siegreich zu behaupten, so hätte sie damit im Reichstag erst knapp jenes Maß des Einflusses erreicht, das ihr nach der **Zahl** ihrer Wähler billigerweise zukame, nämlich 115 Mandate. Jeder in den Stichwahlen gewonnene Kreis vermindert daher das Maß des Unrechts, das den sozialdemokratischen Wählern durch die Wahlkreiserteilung zugefügt worden ist und hilft, das gefälschte Urteil vom 25. Januar wieder zur Reinheit heraufzulenken.

Es ist weiter nichts als eine Lüge, wenn unsere Gegner behaupten, das Mandat-Ergebnis der Hauptwahlen habe den wahren Willen der Nation zum Ausdruck gebracht! Nein, in dieser Frage erkennt sich das deutsche Volk nicht wieder! Und wenn jetzt von den Getreuen der Regierung verlangt wird, sie sollten die Niederlage der Sozialdemokratie zu einem „moralischen Zusammenbruch“ vervollständigen, so ist das nur die geschmeidige Umschreibung der Aufforderung, geübtes Unrecht zu vertausendfachen und die Fälschung des Volkswillens bis zum Äußersten fortzuführen.

Es handelt sich **nicht** um Sein oder Nichtsein der sozialdemokratischen Idee. Diese ist unbesiegbare, unzerstörbar, lebt, wirkt und wirbt weiter; sie wird einst über den Gräbern der Sieger von vorgestern triumphieren. Dessen sind wir heute gewiß wie nur je. Aber es handelt sich in diesem Kampfe um das **Schicksal des deutschen Volkes in den nächsten Jahren**.

Im Zeichen der **Freiheit** hatten diese Wahlen gestanden, es gibt keinen Winkel deutschen Landes, wo nicht der letzte Agent des Reichsverbandes, in betrügerischem Wettbewerb mit den echten Vertretern freiheitlicher Gedanken, über die „Befreiung“ von irgend etwas und in irgend einer Form große Worte gemacht hätte. Das Morgenrot einer neuen „liberalen Ära“ war den Wählern verheißen worden, und Millionen Verblendeter, Schlaftrunkener griffen mit ausgestreckten Armen in die finstere Nacht. Von der „liberalsten“ Demagogie sind die reaktionärsten Wahlen gemacht worden, die Deutschland seit zwanzig Jahren erlebt hat.

Jetzt aber stehen wir, jäh aufgeschreckt, vor einer dunklen Gefahr, die nicht die Sache der Sozialdemokratie bedroht — diese wird alle Katastrophen überdauern — aber dem deutschen Volke mit Zähnen und Klauen hart an den lebendigen Leib rückt. Nicht die sozialdemokratische Partei, sondern **das Deutsche Reich steht vor der Gefahr eines moralischen, ja selbst physischen Zusammenbruchs, wenn Scharfmacher und Wahlrechtsräuber den neuen Reichstag regieren sollten**. Denn kein Kundiger kann sich darüber täuschen, daß die deutsche Arbeiterklasse eine neue Ära des Rechtsraubes und der verschärften Knechtung keineswegs mehr mit christlicher Demut zu ertragen vermöchte.

Die vom sozialen Frieden reden, wollen in Wahrheit den Kampf gegen die Arbeiterklasse bis zum Weißbluten führen. Wir, die wir den Klassenkampf predigen, machen kein Hehl daraus, daß wir den Kampf wollen, aber es soll ein ehrlieber Kampf sein in Recht und Ordnung, wie ihn zu führen gesitteten Menschen würdig ist. Darum werden die Arbeiter am 5. Februar ihr Äußerstes und Letztes tun, um das Vaterland vor der Schmach und der Katastrophe eines reaktionären Reichstages zu schützen und die Fahne ihrer Partei in Ehren heimzubringen.

Der hätte auf alle Zeit das Recht vermerkt, zu dieser Fahne zu stehen, der am 5. Februar nicht wußte, was zu tun seine Schuldigkeit ist.

Die liberalen Wähler, welche auf eine liberale Ära hoffen, mögen bei der Stimmabgabe bedenken, daß sie politischen Selbstmord begehen, wenn sie bei den Stichwahlen einen Konservativen in den Sattel heben

Mag Kraft und ungebeugter Troß vollbringen, wozu uns die **Pflicht** ruft!

ihre Begabung weiter ausgenutzt werden könnte. ... Natürlicher dürfte die Person nach erfolgter Ausübung der Ämter nicht ganz fortlassen. Die Ansicht des Staatssekretärs Grafen Bismarck und die der Verwaltungsbeamten geht dahin, bei der bevorstehenden Verabschiedung und Vereinstellung der Kreisverwalter selbständige Reichsverwalterämter nach Art der Kreisämter als Unterbau zu errichten, zu welchem Zweck sich ein Teil der Beamten in der Kreisverwaltung als Beamte in der Kreisverwaltung zu verwenden für verabschiedete Beamte, die nach Abgabe ihrer Verabschiedung später auch in der Kreisverwaltung amtsortlich und im Reichsamt zu verwenden sind. ... Bei der Erweiterung des staatlichen Eingreifens in die Gewerbeaufsicht in die Wohnungskontrolle und in das paritätische Arbeitsvermittlungswesen, sowie bei der noch einkommenden Erziehung von ungenügendem Rechtsauswärtigen und Arbeitersekretariats so sogar in der gewerblichen Rechtspflege könnte verabschiedete Beamte Gelegenheit gegeben werden, sich mitzubringen zu betätigen. Man sollte ihnen nur die nötige Eile für geringe Bezahlung zu werden für ihren Fortschritt zu sorgen. Außerdem geht das Streben unserer Zeitgenossen auf eine schnelle billige und auch dem Laien verständliche Rechtspflege durch Sachgerichte, bei denen gealterte Menschenverstand genaue Kenntnis der in Betracht kommenden Erwerbsverhältnisse und der einschlägigen Spezialgesetze wichtiger sind als eine umfassende Kenntnis des römischen Rechts.

Die Freude über den Ausfall der Hauptwahl läßt die „Eiger“ nicht mehr schlafen. Herr Wallin hat bereits die Abänderung der Verfassung für den ernannten Agenten des Kapitalismus an der Volksgewaltung des Reichs, ganz amgerichtet, jetzt wieder der Gewerkschaft v. Jagow die ganze sozialpolitische Verwaltung an die Fäden zu lassen. Es soll eine Art sozialpolitischer Feldgericht geschaffen werden. Der Offizier hat seinen, mit dem Reich ungenügend, er ist auch der gesteuerte Schwärzer Gottes und des Monarchen bei der Aufklärung sozialpolitischer Gesetze. Da auch der verabschiedete Offizier unter dem militärischen Zwang steht, so wird, wenn der Plan ausgeführt wird, die Verwaltung der sozialpolitischen Gesetze nur noch nach den Anordnungen des allerschönsten Kriegsherrn gehen. Jeder Arbeiter, der mit diesen in die Verfassungsgesetzgebung kommandierten Offizieren zu tun hat, wird künftig nicht wegschicken dürfen, gehörig stramm zu stehen. Die nächste Folge wird demnach die sein, daß die Verhandlungen der Verfassungsgesetzgebung eine Art Kontrollversammlungen werden, und daß jeder Arbeiter, wenn er zur Kranzklasse geht, sich für den Tag unter das Militärrecht stellt.

Auch für die bürgerlichen Berufsjuristen wird es interessant sein, daß sie durch diese neue Stellung von Militärämtern verdrängt werden sollen. Ein preussischer Leutnant kann befehlen all. Ein verabschiedeter Leutnant kann mehr. Nur wer aus der Arbeiterklasse hervorgeht, hat die Fähigkeit, die schrittweise soziale Reformgebung mit hinreichender Schärfe auszuführen. Endlich wird es gelingen, auch die Krüppel und Quälenden lebensfähig unter das Militärrecht zu stellen. Der berühmte Juchaczka soll, wie man sieht, in dem Augenblick der völligen Durchführung gelangen, in dem die Sozialdemokratie ausgeschaltet werden kann.

Das ist die berühmte Bismarck auf der Fährst. Die Sozialpolitik nachdrücklich weiter führen will, Genoss für den nötigen Nachdruck werden die verabschiedeten Offiziere gründlich sorgen und die Arbeitsergebnisse, die für die Sozialgesetzgebung gefordert werden, finden endlich ihren würdigen Zweck, den verabschiedeten Offizieren die sozialen Pensionen zu erhalten. Damit bringt das Ministerium dem auch in das letzte Gebiet ein auf dem es sich bisher noch nicht betätigt hat, in der Verwaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung. So wenig in Abrede gestellt werden soll, daß mancher Offizier sich recht wohl zu dem Posten eignen wird, ebenso ist bei den Verfassungen, den verabschiedeten Offizieren in ihrer Allgemeinheit die erwähnten Stellen zugewiesen, ein neuer großer Schlag ins Gesicht der Arbeiter.

Ein verunstaltetes Kolonialbild.

Am Sonnabend hatte sich in Berlin der verantwortliche Redakteur der Berliner Zeitung a. M., S. o. d. o. r. f. vor Gericht zu verantworten, weil er in einem Artikel „Ein Aquarell aus Kamerun“ die zwei Jahre (sünderungswangig) Kolonie“ den früheren selbstverordneten Gouverneur von Kamerun, Dr. S. e. i. b., beleidigt haben sollte. In diesem Artikel war erzählt worden, daß Herr von Puttkamer als Gouverneur von Kamerun einen Maler Namens Vesudner, bei dem er Malunterricht genommen hatte, zum Wegebauern ernannt habe. Dieser habe, auf ein falsches Gerücht hin, die farbige Volkstruppe wolle meutern, die Weissen zum Kampf gegen die einwohnenden Völkerschaften aufgerufen, wobei mehrere von diesen erschossen wurden. Herr S. e. i. b. ist an der Sache nur insofern beteiligt, als von ihm erzählt wird, er habe allen Beteiligten ein freies Scherzmal gebot aufzulesen. Puttkamer und Vesudner sind nicht, und Herr S. e. i. b. hat als Zeuge, er er möge wohl diesem oder jenem zuzuhören haben, nicht zurecht von der Sache zu reden. Der Angeklagte und sein Verteidiger hielten alle ihre Behauptungen aufrecht und verlangten die Vernehmung von Personen, die bei den Vorgängen anwesend gewesen seien, ferner die Vorlegung der Berichte des Herrn S. e. i. b. Auf Wunsch des Gerichtshofes begab sich Dr. S. e. i. b. in das auswärtige Amt, um die Berichte einzufordern; fehrte aber mit dem Bescheide zurück, daß ihre Ausfolgung verweigert werde. Auch eine Zeugenvernehmung wurde nicht beliebt, vielmehr wurden alle Behauptungen des Angeklagten als wahr unterstellt, daher aber trotzdem zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte diese Verurteilung verlangt mit Rücksicht auf die Verurteilung, die durch die vielen Angriffe auf Kolonialbeamte in letzter Zeit verursacht worden sei.

Das ist der erste Gerichtsfall in der Area Dornburg, der Herr der „weißen Weste“. Diese „weiße Weste“ kommt nur in den Reden des Kolonialmeßmanns vor; doch ist sie aber vor Gericht erschienen, so wird der Kaiser des Amtsgeheimnisses gewarnt bis oben angetroffen. Und einem geleistet noch zuleide; nur der unbedeute Entfallter muß Haare lassen.

Das in Guben „nationale“ Zentrum.

Nach dem 13. Dezember traten die liberalen Professoren überall auf und erklärten auf Kommando des Fürsten Bismarck die Zentrumsgeschäfte wäre beinahe noch größer als die rote der Gefahr. Wo sind die Herren geblieben? Da die Regierung vor dem Zentrumslage vollständig zusammengebrochen ist? Der Überlegung der Regierung zu den schmerzhaften Worte vollzogen sich mit der lächerlichsten Hast. Das Zentrum ist in Guben

aufgenommen, mit einer Ausnahme. Dr. Nothd. Alg. 31. 31. 31.

Nach den vorliegenden Zusammenhängen scheint es außer Zweifel zu sein, daß die Zeitung der Zentrumspartei in Bayern sich einfließen hat, bei den Stichwahlen mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Damit würde das bayerische Zentrum in Gegenwart zu der Haltung der Parteien in anderen Teilen des Reiches treten, wo die Zentrumspartei mit den liberalen bürgerlichen Parteien in Kampfparaden gegen die Revolution und reaktionäre soziale Sozialdemokratie stehen. Die Abwendung des bayerischen Zentrums von dem gemeinsamen Ziel der bürgerlichen Parteien könnte nicht ohne Rücksicht bleiben. Das muß offen ausgesprochen werden, und wir freuen uns deshalb auch, daß jähre bekannte Anhänger des Zentrums, selbst in Bayern, ihrer Partei auf dem gefährlichen Wege, den sie betreten hat, ein Ende zu machen wünschen. Wird der Anfall dieses Sieger-Ohnmachtsergriffens das Zentrum einschüchtern? Auch die Abkündigung vom 13. Dezember sollte ja nicht ohne Rücksicht bleiben können. Die Rückwirkung besteht, wie man sieht, jetzt darin, daß Fürst Bismarck den gegen das Zentrum gerichteten Degen wieder eingestekt hat. Jetzt bedroht er nur noch das bayerische Zentrum. Will man etwa Bayern aus dem Deutschen Reich ausschließen? Oder welche „Rückwirkung“ will die Regierung sonst erzielen? Das Zentrum wird von der Regierung gebraucht, nicht umgekehrt.

Wilow freut sich.

In allen Regierungen des politischen Schmirrentums ist der deutsche Reichsanwalt erfahren, und er wendet sich in aller Unbekümmtheit eines Mannes an.

Eines dieser Mittel ist auch die frühere Anhebung einiger Stichwahlen, in denen vermehrt werden konnte, daß die Sozialdemokraten mehrere Verluste erleiden werden. Diese vorausgesetzten Verluste fallen unter die Verlesung für die Stichwahlen am 5. Februar nehmen und die Partei unterstützen. Es wurden die Stichwahlen in Bremen bereits am 1. Februar entzogen und der Belegzeitungsartikel siegte, wie zu erwarten war, mit Hilfe des Bundes der Landwirte. Obwohl dem Direktor des Bremer Nord West, wie dem Leiter der bayerischen Freisinnigen, dem Chefredakteur der Belegzeitung, dem Fürst Bismarck Glückwunschkommunikation geschickt. Dem Wigand brachte er: „Sehr erfreut durch die gute Nachricht, sende ich Ihnen aufrichtigen Glückwunsch. Möge der Sieg, den in Bremen vaterländischer Sinn und einheitliches Vorgehen errungen haben, vorzüglich für die Stichwahlen werden.“ In dem andern Telegramm spricht Fürst Bismarck von „einem schönen Sieg“. Er redet von Beuten von Siegen vor in dem Augenblicke wo er eine Niederlage erlitten hat. Denn trotz der Schwächung der Sozialdemokratie hat die „vaterländische Mehrheit“ des 13. Dezember um 740 000 Stimmen zugenommen. Mehr als der ganze Zuwachs des Vorkommensblatts an zusammengehangenen Nichtwählern beträgt.

Der Freisinn als Helfer des Junkertums.

Der freisinnige Kandidat im Kreise Randow-Greifenhagen hat seine Wähler aufgefordert, für die Kandidaturen statt für die Sozialdemokraten zu stimmen. Mit Recht spricht ein Korrespondent des Berliner Tageblatts aus diesem Anlaß von einer Preisgabe der liberalen Sache und einer Stärkung der Reaktion.

Der Reichstag geht nun - im Lande der Götter und Schiller. Dem am 10. Februar zusammengetretenen Landtage in Sachsen-Weimar soll eine Gesetzesvorlage über die äußere Heiligung der Sonne und Festtage zugehen. Dadurch soll das Sabbatmandat von 1756, das für säkularisierte Generale von 1811, sowie ein Gesetz vom Jahre 1859 außer Kraft gesetzt werden. Die neuen Bestimmungen mühen aber durchaus nicht so an, als ob sie im 20. Jahrhundert aufgestellt worden wären. Zum Beweis dafür mögen ein paar Beispiele genügen. Im § 1 heißt es: „Das Ausstragen und Verteilen von Flugzetteln ist an Sonn- und Festtagen verboten. Dieses Verbot bezieht sich nicht auf Schriften, religiösen Inhalts, deren Verteilung von kirchlichen Behörden angeordnet oder genehmigt ist.“ Nach § 11 hat der Betrieb von Schank- und Speiseanstalten sowie der Konditorien an Sonn- und Festtagen bis mittags 12 Uhr nur innerhalb geschlossener und umfriedeter Räume stattfinden. § 12 bestimmt: „Das Kartens-, Billard- und Kegelspiel in Gast- und Schankwirtschaften ist an Sonn- und Festtagen bis 12 Uhr mittags verboten.“ Am Karfreitag, Buß- und Totensonntag dürfen keine öffentlichen Versammlungen mehr stattfinden, an den übrigen Sonn- und Festtagen dürfen vor 12 Uhr mittags keine öffentlichen Versammlungen mehr abgehalten werden. Der Landtag wird an der Vorlage gründliche Änderungen vornehmen müssen, wenn er nicht Brechen übertrumpfen will. Es kommt nur darauf an, ob der Landtag soviel Mannesmut besitzt, diesen finsternen Wächtern mit der nötigen Energie entgegenzutreten.

90 und 110 = 200. Während die bürgerlichen Wähler noch mauer in den Kampf gegen die rote Gefahr traten, haben einzelne freisinnige und liberale Wähler doch eingesehen, daß der einzige Lehmann, der auf der Walfahrt geblieben ist, der Liberalismus ist.

Die stupide Schenkung des Fürsten Wilow, - statt Kampf gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie, ausschließlicher Kampf gegen die Sozialdemokratie allein - hat die National-Zeitung scharf kritisiert doch zu der Ueberzeugung veranlaßt, vor denn da betrogen werden soll, und das liberale Organ findet in einer einzigen Sabotagekombination die Lösung. Wenn alle die bürgerlichen Parteien mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokratie losgehen, so wird das Resultat sein: 1) Die Sozialdemokratie wird 110 Zentrumsstimmen, und die Majorität ist fertig. Folglich nicht das Konsequenzen daraus. Die Liberalen aber, denen in nebelhafter Ferne ein Einfluß auf die Regierung versagt war, wenn sie verhärtet in den Reichstag zurückbleiben, hätten das Nachsehen. Das Reichsregiment stimmt. Die National-Zeitung verzagt nur, hinzuweisen, daß es die Freisinnigen und Liberalen waren und sind, die die Möglichkeit dieses Treibens herbeiführt haben.

Bravo! Bremen! Unter dieser Ueberchrift feiert die Nothd. Allgem. Ztg. den Sieg in Bremen. Das Regierungskorps stiftet seinen Siegesjubel in solch kindischer Form. Die Norddeutsche schließt nämlich ihre Betrachtung des Zufallereignisses mit Bremen mit dem Bismarck: „Sieht hin und tuet desgleichen.“ Uns will dünken, als ob der Triumph der Bremer Pfefferlade doch nicht völlig auf eine Stufe mit dem Wärbekampf des ursprünglichen Christentums gestellt werden kann.

Zentrumsprofessoren und bayerische Reichsräte haben eine Erklärung erlassen, wonach sie den Beschluß der Zentrumspartei, in einigen bayerischen Kreisen für die Sozialdemokratie einzutreten, „schärfst bezeugen“. An der Spitze dieser national-katholischen Bernhardtiner steht der bekannte Zentrumsführer, Prof. Freyher v. Hertling, der von seiner Partei

als Nachfolger Bismarcks auf dem Präsidentenstuhl des Reichstags empfohlen werden soll. Es scheint demnach, als ob Bismarck ein geeignetes Mittel sei, um in der Zentrumspartei zu Ehrenstellen zu gelangen.

Zum Vollen. Ein Waffenprozeß steht bevor, denn gegen alle diejenigen Geistlichen, die Aufrufe zum Schultze untergeordnet oder die von der Kanzel verlesen haben, sowie gegen alle die Geistlichen, die für das Gelingen des Schultze heilige Messen gelebt haben, ist das Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Da der Aufruf seit in jedem Ortland erschienen ist, so trifft die Maßnahme außerordentlich viele polnische Geistliche. - Von der Ersten Kammer zu Gnesen wurde der Dekan Maximilian Mrogos in Bonn wegen Verlesens gegen § 130a des Strafgesetzbuchs (Verfälschung des öffentlichen Friedens), bezugnehmend auf einen Brief in der Kirche von Postul in unter Annahme mildernder Umstände zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Ferner wurde der Pfarrverwalter Leon Formanowicz in Modliszen wegen deselben Vergehens und wegen Verteilung von Schultzezetteln zu drei Wochen Gefängnis und der Propst Adalbert Wulberg in Starobogowo zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Als bedenkliches Experiment betrachtet die Heeresleitung den „sozialpolitischen“ Unterricht, welcher den aktiven Truppen durch Offiziere erteilt werden sollte und womit beim 18. Armeekorps (Frankfurt a. M.) der Anfang gemacht worden ist. Es wird nämlich bekannt gegeben, daß der Kaiser, dessen Genehmigung seither nicht eingeholt worden ist, solche sozialpolitische Vorträge durch die Offiziere nicht wünscht. Einige andere Armeekorps hatten ebenfalls unter Zugrundelegung einer vom 18. Armeekorps herausgegebenen gedruckten Anleitung gelegentliche sozialpolitische Vorträge der Offiziere mit den Mannschaften angesetzt. Durch die vom preussischen Kriegsministerium mitgeteilte förmliche Willensmeinung ist der Unterricht nun wieder aufgehoben worden. Er ist auch zu gefährlich; denn die Soldaten bleiben nicht bei der frommen Welt stehen, die ihnen der Offizier vorsetzt. Sie denken weiter und weiter, und da kann sich leicht die Witz in Drahtigkeit verwandeln.

Sozialdemokratischer Wahlsieg. In Hamburg waren nach dem verabschiedeten Wahlsieg 38 Abgeordnete zur Bürgererschaft zu wählen. Es wurden zehn Sozialdemokraten an Stelle der fünf ausgeschiedenen gewählt.

Ausland.

Frankreich. Der jüdische Kriegsminister Clemen erklärte, seit Frankreich und Spanien in Marokko für die Sicherheit zu sorgen haben, sei dort Ruhe, Frieden und Vertrauen wiederhergestellt.

England. Die Regierung beabsichtigt, die Abrüstungsfrage bereits dem Programm der nächsten Haager Konferenz einzuverleihen.

Italien. Ein Anarchistenprozeß in Ancona. In Ancona wurde dieser Tage ein Barbier zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil man in der Wauer seines Ladens drei Bomben gefunden hatte. Es wurde behauptet, dieselben hätten zu einem Attentat auf den König von Italien verwendet werden sollen, als dieser im Juni v. J. zu einer Grundbesichtigung nach Ancona kommen sollte. Die Bomben wurden von der Polizei für diese auf die Spur des Verbrechens gebracht haben. Es war ein großer Prozeß geplant, der aber schon in der Voruntersuchung zu Wasser wurde und man mußte sich begnügen, nur wegen Besitzes von Sprengstoffen und verbrecherischer Vereinnung das Hauptverfahren zu eröffnen. Sicherlich hat der polizeiliche „Vertrauensmann“ die Bomben in Abwesenheit des Besitzers in den Barbierladen präpariert. In diesem Sinne sagte auch der damalige Bürgermeister von Ancona aus. Erregt aldem lautete das Urteil auf zwei Jahre Gefängnis; ohne Zweifel will man durch dieses Schandurteil nur die Blamage der Polizei bedeuten.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ 171 die sozialdemokratische Partei ein Verein? In Nürnberg bei Nürnberg fand eine Versammlung statt, die von dem Schlofer in Nürnberg in der Front ihres Tagespost als „öffentliche Volkssammlung“ anberufen war. Herr Dr. Cäsarius Nürnberg sprach über die deutsche Reichspartei. Dem Schlofer der Verlesung forderte der Vorsitzende Schlofer zum Beitritt zum Sozialdemokratischen Verein Nürnberg-Milford und zum Abnehmen auf die frontliche Tagespost auf. Da der Verlesung eine Frau vom Anfang bis zu Ende beistand, erhielt Genosse Schlofer einen Strafbescheid, da er sich angeklagt gegen Artikel 151 des bayerischen Vereinsgesetzes verhielt habe. Schlofer erob hiergegen Einspruch und ergelte am Schöffengericht Altbayern seine Freipfehlung, weil es sich nach den Feststellungen des Schöffengerichts nicht um die Verlesung eines politischen Vereins handelte. Auf die Verlesung des Unsanftens hin hob das Landgericht Nürnberg dieses Urteil auf und verurteilte Schlofer zu einer Geldstrafe von drei Mark. Die Verlesungssanktion meinte, es habe sich um eine Verlesung der sozialdemokratischen Partei, eines politischen Vereins, gehandelt.

Das oberste Landesgericht hob als Revisionsinstanz das Urteil des Landgerichts Nürnberg auf und wies die Sache an das Landgericht Nürnberg zur nochmaligen Verlesung zurück, da der sozialdemokratischen Partei die Eigenschaft eines Vereins im Sinne des bayerischen Vereinsgesetzes nicht ohne weiteres zukommt.

Verantwortlicher Redakteur i. V. H. Wolkensbue in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Zum Reichstags-Wahlfonds:

Beitrag. Kadierer der Firma Hugo Müller 2.-, von Hausarbeitern 2.60 Mark. Ernst Mir.

Hohenlohe'sche Hafer-Flocken

geben delikate Suppen billig und nahrhaft o. bewährte Kindernahrung.

In gelben Packeten mit dem Bild der Schallmühle.

I. Beilage zum Volksblatt.

№. 30.

Halle a. S., Dienstag den 5. Februar 1907.

18. Jahrg.

Der Tarifvertrag im Deutschen Reich.

Wo der Kapitalismus die Schaubühne betritt, da erscheint er zunächst gescheit. Im Gehalt überwachender Kraft wirkt er die zurechtweisenden Formen überlebensfähiger Organisation über den Gehalt und bestreift die alten Verbände von Meistern und Gesellen, die mit ihrem beherrschenden Fortschritt und der ungeschicklichen Wahrung alter Rechte dem revolutionären Ungleichnis des neuen Weltberufes im Wege stehen. Aber auf die Dauer vermag keine Berufsartweise einer gewissen Ordnung zu entsagen. Das Bedürfnis nach Organisation und Regelung legt sich auch unter der Herrschaft des Kapitalismus durch, überwindet gelegliche Hindernisse und schafft seine eigenen rechtlichen Formen. Heute, wo die kapitalistische Berufsartweise noch nicht voll zur Entfaltung gelangt ist, hat sie doch bereits in den Verbänden der Unternehmer sich bestimmte Regeln setzen, in den Arbeitervereinigungen und den Arbeiter-Organisationen gewisse Beschränkungen ihrer ständischen Betätigung sich gefallen lassen müssen. Je mehr diese Arbeiter-Organisationen an Ausbreitung und innerer Kraft gewinnen, um so mehr drängen sie nach neuen Vereinbarungen mit der Gesamttheit des Unternehmens, die dem einzelnen Arbeiter durch ihre klare Rechtsform eine gewisse Sicherheit der Arbeitsbedingungen und einen Schutz gegen Willkür bieten sollen.

Die Tarifbewegung der deutschen Arbeiter ist noch ziemlich jung. Abgesehen von den Buchdruckern, die schon im Jahre 1848 beim ersten Tarifverbot angetreten sind, am 9. Mai 1873 den ersten nationalen Tarif durchgesetzt haben, haben die deutschen Gewerkschaften erst jetzt kaum einen Jahrzehnt die planmäßige Einführung von Tarifen in ihr Programm aufgenommen. Wohl haben die christlichen Gewerkschaften von Anfang an die Vereinbarung mit den Unternehmern als ihr Ziel aufgestellt. Aber bei der Zähigkeit, mit der sie statt zu fordern und zu kämpfen, alle möglichen Fortschritte nur von der gutwilligen Einsicht des Unternehmers erhofften, mußten sie für die Ermöglichung des Arbeitsvertrages bedeutungslos bleiben. Erst als die freien Gewerkschaften gefühllos in jahrzehntelangen Kämpfen und Gehalt in gründlicher Organisationsarbeit, ihr Augenmerk auf die tarifmäßige Festlegung ihrer Forderungen richteten, kam die Tarifbewegung in Fluß. Zunächst wird behauptet und als unvereinbar mit dem Kampfbegriff der Organisationen auch in den eigenen Reihen mit Mißtrauen angesehen, hat sie sich doch bald Anerkennung erworben. Der 3. Gewerkschaftskongress zu Frankfurt a. M. (1899) beschloß: „Tarifliche Vereinbarungen, welche die Löhne und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festlegung der Arbeitsbedingungen zu erachten und in den Verträgen anzuerkennen, in welchen sowohl eine feste Organisation der Unternehmer wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für Aufrechterhaltung und Durchführung des Verhältnisses bieten. Dauer und Umfang der Vereinbarungen lassen sich nicht schematisieren, sondern hängen von den Eigenarten des betreffenden Berufes ab.“

Wie stark selbst die Tarifbewegung auf sich gewonnen ist, erfahren wir aus einer mit ansehnlicher Statistik versehenen Zusammenfassung, die das Reichsamt für öffentliche Amt in drei Tagen heraus mit einer Zusammenfassung des geschäftlichen Verlaufs sowie der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Tragweite der neuen Vertragsform herausgegeben hat.*

Von den 300-400 Zölkern und Generalitäten, die nach Angabe des Reichsamt in Deutsche Reich bestehen, hat das Amt mit Hilfe der Arbeiterorganisationen und eines Teils der Unternehmerverbände (hauptsächlich im Bau- und Schneidergewerbe) im Jahre 1905 etwa 1600 geschlossen, deren Geltung sich auf 477 000 Arbeiter erstreckte.

Während an der Spitze steht der absolute Zahl nach das Baugewerbe: 606 Verträge, 17 930 Betriebe mit 227 300 Arbeitern. Unter Zurechnung der Tapiser und Steinmetzen haben wir hier sogar 756 Verträge gültig für 19 930 Betriebe und 240 577 Arbeiter, d. h. mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der letzteren. Relativ aber stehen die graphischen Gewerbe oben an mit fünf General-, fünf Draht- und einem Betriebsvertrag, die den weitesten Reichtum der in Frage kommenden Firmen und Arbeiter umfassen. Der Buchdruckergewerbe (66 Prozent aller) und 49 497 Gehilfen (90 Prozent) an 1659 Orten gehalten. Neben dem Verband der Buchdrucker haben Generalarbeits für das ganze Reich abgeschlossen: die Chemiker und Kupferarbeiter, die Holzarbeiter, die Formsetzer, die Rotenschiefer, 80 Prozent der Tarife sind totalarbeits, die für eine oder mehrere Branchen (z. B. Maurer, Zimmerer und Baufeldarbeiter) an einem Orte oder in einem Bezirke — so für den reichlich westfälischen Industriebezirk mit mehreren hundert Orten — die Arbeits- und Lohnbedingungen ganz oder teilweise regeln. Der Rest sind Tarife mit Eingangsformen. Mit namhaften Zahlen erscheinen noch die Holzarbeiter (105 — 5077 — 44 362), Metallarbeiter (133 — 4583 — 37 674), Brauer (156 — 539 — 22 813), Eisenarbeiter (44 — 524 — 19 843) und Schneider (187 — 2062 — 15 177).

Die Betrachtung der einzelnen Gewerbe zeigt deutlich, wie sehr die Tarifbewegung heute noch auf bestimmte Branchen und Betriebsformen beschränkt ist. Daß die große Gruppe: Land- und Forstwirtschaft, Forstwirtschaft usw. nur drei Verträge von 6000 hier in Frage kommenden Arbeiter und Gehilfen nicht minder. Ebenso beschränkt ist die Gruppe: Bergbau, Hütten und Zinnwerke, das Reich der feinsten Kapitalismogen, ohne jeden Vertrag. In der Metallindustrie sind es vorwiegend Branchen mit Kleinbetriebscharakter, wie die Kessler, Bau- und Maschinen-Schlosser, Eisen- und Zinnarbeiter, Metallschläger, in denen Tarifverträge abgeschlossen werden. Die Kleinbetriebe von Rheinland-Westfalen und Oberhessen, die Maschinen- und die elektrotechnischen Fabrik von Berlin fehlen hier ebenso wie die ganze chemische Industrie, die Industrie der Leichtstoffe und die großen Verkehrsunternehmen. Das Hauptgebiet der Tarifvereinbarungen ist, wie erwähnt, heute noch der mittlere und Kleinbetrieb, und zwar vornehmlich wiederum derjenige mit lokalem Charakter — wie das Baugewerbe, Maschinenbau u. a. —

und mit starken Arbeiterorganisationen. Bei den sich als „Herren im Hause“ führenden Großunternehmern ist es vor allem der Kampf gegen jede selbständige Regelung der Arbeiter, dazu die Furcht vor „kommunistischer Schwärze“, die „demokratisieren“ wirken müßte — wie der Arbeitgeberverband für die nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustriellen sich ausdrückt —, die die Tarif-Verhandlungen unangänglich machen. Mit wachsender Stärke der Arbeiterverbände wird hier so zu wie am Baugewerbe, helfen Unternehmer auch lange zu den schrittweisen Schwächen zähnen, die vorwärtliche Regelung der Arbeitsbedingungen durch gleichberechtigt verhandelnde Verbände sich durchziehen.

Der Zweck der Tarifverträge ist überall die vorherige Regelung der für die Schließung der Arbeitsverträge wichtigsten oder zweifelhaftesten Bestimmungen. Entsprechend dem Zwecke und gemäß den verschiedenen Bedingungen der Gewerbe stellt sich der Tarif in den verschiedenen Größen und Formen dar; von wenigen Zeilen für eine Mühle oder für das Tapezierergewerbe in Mannheim-Schloßhofen bis zu den 273 Positionen der Hamburger Maschinenbau, den 150 Anhängern der Dresdener Hühner oder den 34 Seiten des Bundesarbeitsvertrags. Naturgemäß wird der Vertrag um so komplexer sein, je mehr einzelne Punkte zu regeln sind, also auch weit eingehender für Anfordern — als für Zeilenhöhe.

Zur Wahlbewegung im Reg.-Bez. Merseburg.

Achtung, Stichwahlverhältnisse!

Wir bitten die Kreiswähler der in Stichwahl stehenden Kreise, um bis Mittwoch früh 9 Uhr das Stimmzettel telegraphisch zu übermitteln.

Telegraphenadresse ist:

Volksblatt — Halle/Saale.

Die Redaktion.

Merseburg-Querfurt.

Wähler! Denkt bei der heutigen Stichwahl daran, daß die Konservativen stets für Lebensmittelpreis und Entwertung des Volkes eingetreten sind. Glaubt dafür, daß eure Familien in Zukunft ein besseres Leben führen können als bisher. Jeder wähle nur den Klassenbeamten Volker von Leipzig.

Für Wandler ist abermals ein Wahlauftritt erschienen. Am Anfang weichen die Konservativen und Sozialisten auf den Jung der Hauptwahlen hin und verließen, den 25. Januar als dem Tag des Volksgericht zu eröffnen. Ein Viertel der sozialdemokratischen Mandate sei hinweggeplükt. Sehr richtig, Herr Wandler, wir haben 25 Mandate bisher eingeholt, aber das Volksgericht hat doch zu unsern Gunsten entschieden. Über eine Viertel Million Wähler sind zu den früheren drei Millionen gestiegen. Die Sozialdemokratie ist stark geblieben trotz der verlorenen Mandate. Sie wird es auch bleiben trotz der Verleumdungen der Wandlerischen Wahlmacher. Alles erfunken und erlogen! So feige und ein Liberaler die Agitation der Konservativen. Er hat recht! Nur Lüge und Verleumdung haben den Bürgerlichen diesmal den Sieg gebracht. Jeder anständig denkende und führende Wähler muß heute dem Sozialdemokraten seine Stimme geben.

Wichtigstellung. In der Sonntagsnummer ist durch ein Versehen der Schluss der Notiz: Viel Wohlwollen erst hinter die folgende Notiz gesetzt worden. Die Worte — Opposition gegen — bis „Wohlwollen“ bleibt — gehören unter die erste Notiz.

Organ-Liebenwerde.

An die örtlichen Vertrauensleute.

Parteilosen! Damit auch zur Stichwahl in unsern Wahlkreise das Wahlergebnis so schnell als möglich zusammengefasst werden kann, eruchen wir die Parteigenossen, uns das Resultat am Wahlabend durch Telegramm an die Adresse: Wandler, Preussischer Hof, Mühlberg auszusenden. Sobald das Resultat zusammengefasst ist, werden wir es den Parteigenossen ebenfalls durch Telegramm ausstellen. Auch machen wir noch einmal bringen darauf aufmerksam, daß jeder Vertrauensmann nur von den Orten das Resultat sendet, welche von seiner Seite bezeugt worden sind. Nur dadurch ist es möglich, ein richtiges Resultat zusammenzustellen. Auch sind die Stimmkarten noch am Abend zur Post zu geben. Ferner eruchen wir die Parteigenossen, uns sofort einen schriftlichen Bericht über ungeschickliche Vorgänge bei der Stichwahl und der Hauptwahl auszustellen. Dieses Material wird dann von unserer Seite ebenfalls zusammengestellt und an den Bezirksleiter gelangt werden.

Die Kreisleitung.

Freiwillige Wahlhilfe hat uns das Liebenwerde-Vertrauensblatt geliefert. Es brachte in seinem provinziellen Teile einen Hinweis auf die stattfindenden Versammlungen unserer Partei. Wir hoffen, daß dadurch die Feier des Wahles voran getrieben wird; wir hoffen, daß durch die Feier des Wahles voran getrieben wird; wir hoffen, daß durch die Feier des Wahles voran getrieben wird. Wenn das Kreisblatt dann weiter von gewerkschaftlichen Agitatoren redet, nun, den Teil sind unsere Genossen schon gewohnt. Je mehr die Kreisabstimmung uns befreit, desto mehr werden wir arbeiten, um endlich auch die letzten von der, dem Geist vernichtenden Rost der Kreisabstimmung zu befreien. Daß wir da schon günstige Erfolge erzielt haben, beweist am besten die ohnmächtige Wut der Sozialisten.

Politisch Bitterfeld.

Freiwillig gegen Freiwil. Ein Tölpelwahn herrscht im freiwiligen Lager. Keiner weiß, was er eigentlich will. Der Brief des Pfarrers Köpcke hat es dem Vorstand des Allgemeinen liberalen Wahlvereins angetan. Diese Herren verurteilen nach wie vor, ihre Mitglieder zur Stimmabgabe für Bauermeister zu verleiten. Die freiwilige Vereinigung stellt es den Wählern frei, für wen sie stimmen wollen. Aber mit dem Brief Köpckes wollen auch sie nicht zu tun haben. Wer von den freiwiligen Wählern wirklich noch etwas Selbstachtung hat, der kann seine Stimme nie für Bauermeister abgeben, sondern nur für den

Sozialdemokraten. Bauermeister hat sich stets als Feind aller Fortschritt gezeigt. Der Freiwil würde seinen eigenen Weg wählen, wenn er für Bauermeister eintritt. Des Volkes Rechte sind in Gefahr. Will der Freiwil zum Volksverräter werden?

Der Narrenroman Febrar hat seinen Einfluß auf die Konventionen geltend gemacht. In den Kreisblättern verurteilen die Prot- und Reichswähler die Sozialdemokratie deshalb herabzulassen, weil sie den in Rußland kämpfenden Brüdern Geldmittel zur Verfügung stellte. In konventionen Gehörten scheint es manchmal eigentümlich zuzugehen. Die Konventionen sehen wohl das, was andere tun, aber was sie selbst tun, wissen sie nicht. Wenn uns zum Vornam gemacht wird, daß wir ein von der Freiheit eingehendes Volk unterstützen, so zeigt das von einem sehr geringen Geiste. Wenn die deutsche Junkertypus jedoch die baltische und andere mit Geldmitteln unterstützt, um auch weiterhin ein Volk in der Armut und Verdrückung zu erhalten, so ist das Rohheit und Barbarei. Die deutschen konservativen Junker haben den Senkstein nach den russischen Reaktion ihr Mitgefühl ausgesprochen, und sie auch finanziell unterstützt. Wer daher einen Standbater dieser Partei wählt, der sorgt dafür, daß auch in Deutschland die Reaktion zum Siege gelangt. Je mehr Konventionen im Reichstage sich als Vertreter des deutschen Volkes gerieren, desto mehr wird das Volk unter ungeheuren Kosten zu seinen haben. Wer nicht will, daß das deutsche Volk den agrarischen Ausbeutern ausgeliefert wird, wer nicht will, daß in den nächsten fünf Jahren unter dem Volke noch mehr Hunger und Elend herrschen soll, der wähle den Sozialdemokraten. Besonders die Geschäftsleute, Handwerker und Kleinrentner können bedenken, daß die Wahl eines Konventionen ihnen den allergrößten Schaden bringt. Wenn das Liebenwerde der agrarischen Welt sich geltend machen wird, dann werden sie genau so zu leiden und zu haben haben wie die Arbeiter. Keine Stimme dem Konventionen, wenn ihr nicht selbst euer Verberden heraufbeschwören wollt.

Halle und Saalkreis.

Halle, 4. Februar.

Die dumme Rederei von dem schwarz-roten Kartell muß auch jetzt bei dem Wähler noch immer herhalten, obwohl von einem schwarz-roten Kartell noch nie die Rede war. Im Gegenteil haben sich die Reaktionen aller Schattierungen, der Wähler mit dem Zentrum zusammengekommen, um die Sozialdemokratie zu erdrücken. Nur in einigen freien Bapern haben unsere Genossen ein Stichwahl-Abkommen mit dem Zentrum getroffen. Überall gehen sonst die Unramontanen mit dem bürgerlichen Wähler gegen die Sozialdemokratie. Überall und da redet denn die Wählerpresse in einem fauch von dem schwarz-roten Kartell, und die Saale-Zeitung leistet sich gar folgenlos lächerlichen Schwatz.

Der Liebermüt der schwarz-roten Kartellpolitik kann nicht länger ertragen werden. Einmalig sagte der alte Zentrumsführer Dr. Dieber: Das Zentrum wird niemals Radepolitik treiben. Heute sieht man's. Das Zentrum der Groeber, Spahn, Noeren und Erberger will nichts anderes als Radepolitik. Zaher sein unnatürlicher Bund mit der Sozialdemokratie.

Der Schafkopf, der das geschriebene hat, schätzt sein Publikum richtig ein, denn dieser merkt nicht den Widerspruch, der in der heretypischen Phrase des schwarz-roten Kartells und des unnatürlichen Bundes zwischen Sozialdemokratie und Zentrum liegt. Unnatürlich wäre es, wollte der liberal-konservative Wähler nicht im Arm mit dem Zentrum gehen und umgehrt. Aber ebenjo unnatürlich wäre es, wollte man von der freiwiligen-konservativen Saale-Zeitung verlangen, sie sollte einem logischen und ehrlichen Gedanken Ausdruck verleihen.

Aus dem Arbeiter-Klub Saale-Zeitung.

Die Saale-Zeitung konnte während des Wahlkampfes nicht genug über Sozialdemokraten als Arbeitgeber und Ausbeuter räkionieren. Als wir ihr aber schließlich das lose Wort spitzten, in dem wir affirmativ nachwiesen, daß keine Buchdrucker in ganz Halle ihr Personal so schäbig bezahlt wie die Saale-Zeitung, blieb sie bis jetzt höflich artig und wird sich voranschicklich auf eine fernere Diskussion mit uns über das Thema Sozialdemokraten und Saale-Zeitung als Arbeitgeber nicht einlassen. Wir haben deshalb unser zahlreiches Material einwilligend ad acta gelegt.

Eine reizende Episode aus voriger Woche wollen wir aber mal erzählen: Den Austräger und Austrägerinnen wird ihr horrendes Monatsgehalt sonst gewöhnlich am Ende des Monats ausgehahlt. Da es aber nicht möglich war, weder am 31. Januar noch am 1. Februar das Geld zu bekommen, legte ein großer Teil der Austräger die Arbeit nieder. Am nächsten Morgen war nun guter Rat teuer. Alle Eingekommen in der Druckerei und sonstige Angestellte wurden mit großen Vissen ausgehallet und zur Verbreitung des Blattes zu der Kundschickung geschick. Als dann später den Austräger mitgeteilt wurde, es sei wieder Geld da, und der Trägerlohn könne jetzt in Empfang genommen werden, ließen sich die Träger erweichen, das liberale Papier fernerehin auszutragen.

Die Leute hatten ganz recht: erst fürs Austragen nichts bezahlen wollen und dann auch die Pfenning nicht bekommen können. Nicht in die Hand!

Mit der Saale-Zeitung muß es recht drehtig stehen, wenn sie die paar Freiwiliger Trägerlohn schon nicht mehr aufbringen kann. Man hört schon heute was von einer Fusion mit der hiesigen „bornemmen“ Allgemeinen Zeitung. Und sollte das nichts werden, so tut sie schließlich gut, sich mit der geunehmungsverwandten Halleischen Zeitung (Stiftung) zu verbinden. Wir vereinteten, Kräfte wären dann schließlich wohl die Arbeitslöhne aufzubringen.

Die Strickmaschine Dieners

wird gegenwärtig noch immer in den Anzeigen der bürgerlichen Presse empfohlen. Allerdings ist man etwas vorsichtiger geworden. Man garantiert nicht mehr einen Tagesverdienst von fünf bis zehn Mark, sondern sagt überhaupt nicht, was in einem Tage zu verdienen ist. Auch die Firma Knauer in Hamburg scheint die Maschinen nicht zu verkaufen, denn in dem Anzeiger ist als Firma H. Benz & Co., Hamburg, B.-V.-R., Werksstraße 34, angegeben. Früher war auch der Titel der Maschine

* Der Tarifvertrag im Deutschen Reich. 3 Bände. Berlin, Carl Heymann 1906.

Zur Revolution in Russland.

Wahlwahlen. Bei den Wahlen in den Petersburger Fabriken und Industriewerken am 20. und 27. Januar wurden im ganzen 184 Vertreter gewählt, etwa 50 Prozent Sozialdemokraten, etwa 30 Prozent Sozialrevolutionäre, 15 Prozent Parteiloze, 5 Prozent Arbeiter- und Volkssozialisten und 1 Prozent von der Reichspartei.

Im ganzen wurden am 20. und 27. Januar in 213 Betrieben 225 Vertreter gewählt. Nach einer ungefähren Berechnung bilden die Vertreter der sozialdemokratischen Partei nicht nur die relative sondern auch die absolute Mehrheit unter den gewählten Vertretern und zwar 55 Prozent, und wenn beide Fraktionen der sozialdemokratischen Partei im zweiten Stadium der Wahlen solidarisch handeln werden, so wird es ihnen gelingen, alle oder fast alle ihre Kandidaten durchzuführen.

Die von der Telegraphenagentur kommenden Angaben in der deutschen Presse über den Verlauf der Wahlen der Vertreter in den Moskauer Fabriken und Industriewerken haben sich nicht immer richtig erwiesen, es sei bei den übrigen der Fall gewesen ist. Nach den offiziellen Mitteilungen die bei weitem überwiegende Mehrheit der Gewählten zu den Monarchisten und den Reichsparteianern, während nach den Informationen der Parteioptionen und der journalistischen Presse die Arbeitervertreter in Moskau sich folgendermaßen verteilten: 184 Sozialdemokraten, 23 linksheftige Parteiloze, die zu der äußersten Linken hinneigen, 21 Sozialrevolutionäre, 23 Parteiloze, die zwar oppositionell gesinnt sind, aber nicht direkt zu den äußersten Parteien gerechnet werden können, 48 Besessigte und Monarchisten, alle übrigen parteilos.

Somit hat der Proletariat seiner Hauptbasis eine klare und nicht mißverständliche Antwort auf die absolutistische Politik der tsaristischen Regierung erteilt. Freilich heißt es, sich selbst beruigen, wenn man nunmehr annehmen würde, daß die soziale Mehrheit der Petersburger und Moskauer Arbeiter vollkommene Sozialisten sind; immerhin aber läßt der Verlauf der Wahlen über die Stimmung der Arbeiter keinen Zweifel, er zeigt uns deutlich, daß sie fast entschlossen sind, nur den sozialistischen Parteien die Vertretung ihrer politischen Interessen anzuvertrauen. Wie sich aber die genauen Stimmverhältnisse der beiden sozialistischen Parteien (Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre) gestalten, werden die nächsten Tage lehren, wenn die Vertreter ihrerseits die Wahlmänner wählen (die am 20. und 27. Januar gewählten 225 Fabrikvertreter wählen 12 Wahlmänner, welche sich mit den 100 kaiserlichen Wahlmännern der Stadt Petersburg vereinigen, um sechs Dumaabgeordnete für Petersburg zu wählen). Erst dieses Stadium der Wahlen kann eine genauere Differenzierung der beiden sozialistischen Parteien bringen, denn im ersten Stadium bildet eine große Rolle nicht die klare und bewußte Stellungnahme zu dem einen oder dem andern Parteiprogramm, sondern der persönliche Einfluß des einen oder des andern Kandidaten.

Parteinachrichten.

Municipalwahlen in Kanada. Am die kürzlich beendeten Municipalwahlen in Kanada hat sich die Arbeiterklasse als sozialist. Partei zum ersten Male in voller Stärke beteiligt und dabei bemerkenswerte Erfolge erzielt. Im Toronto, der Regierungshauptstadt von Ontario, hatten unsere Genossen einen Bürgermeisterskandidaten aufgestellt. Darauf bereinigten sich sämtliche linksgerichteten Parteien und stellten als gemeinsamen Kandidaten den bisherigen Bürgermeister auf. Dieser legte mit 1875 Stimmen über Genossen Simola, der 8277 Stimmen auf sich vereinigte. Im Jahre 1901 hatte unser Kandidat nur 600 Stimmen erhalten. Die Wahlkandidaten für den Schulrat erhielten in den verschiedenen Bezirken, die in der Größe sehr von einander abweichen, 1213 bis 6007 Stimmen. Die letztere Stimmenzahl erhielt Genosse Simpson, ein Buchdrucker, der damit in den Schulrat gewählt ist. Sehr ansehnliche Majoritäten wurden ferner in Winnipeg, Neubraunswick und Ontario für unsere Kandidaten erzielt. Auch ist fast überall ein Aufschwung der Parteioptionen zu verzeichnen.

Politisches und Gerichtliches.

Ein großer Aufwuchsprozess hat sich jetzt in Würzburg abgepielt. Der Prozess war ein Nachspiel zu dem vorjährigen Streik der Steinarbeiter im Mainfränkischenbezirk. Die Arbeitergesellschaft Mainfränkischer in Gieselsbad und Gogmannsbach lehnte brüsk jedes Zugeständnis ab, so daß ein hartnäckiger Kampf entstand, der von Anfang Mai an den ganzen Sommer hindurch währte. Als am 20. August ein Transport Streikbrecher kam, entwickelte sich erst in Würzburg, das durch Provokation und abscheuliche Mißhandlungen der Streikbrecher in eine große Revolte ausbrach. Aus der Sache wurde ein „planmäßiger Lieberfall“ gemacht. Unrührsamer waren 54 Personen angefaßt, davon wurden aber 44 wieder außer Verfolgung gesetzt. Das tschechische Verbot erkannte die Geheimverträge auf Antragsverstoß, verbot unter milderen Umständen. Das Gericht sprach folgende Strafen aus: Sebastian Sauer 1 Jahr Gefängnis; Sentsmann und Räder je 9 Monate; Franz Müller und Grieb je 5 Monate; Karl und Joseph Sauer und Schmitt je 3 Monate Gefängnis. Walktrap wurde freigesprochen. Sebastian Sauer wurde als „Häufelsführer“ bestraft obwohl er nachweislich, daß er erst dann nach einem Streikbrecher (Sauer) als dieser eine Bewegung machte, als wolle er das Messer gegen Sauer ziehen. Die Streikbrecher haben sich angründend provokatorisch gegen die ihnen glänzend zurechtstrebenden Streikenden benommen, sie bedroht und auch tätlich angegriffen. Jedoch nicht die Arbeitswillen, die natürlichen Elemente im Staat, wurden bestraft, sondern die Provokateure wurden nach dem Belege für schuldig befunden.

Gerichtssaal.

Calfe, 2. Februar.
Vorstand: Direktor Reuter; Ankläger: Staatsanwalt Dr. Gmte.

Einen großen Schmelzerläse im Werte von 120 Mk. sollte ein Schlosser einem hiesigen Händler aus dem verlassenen Keller weggenommen haben, und ein Hausdiener wurde beauftragt, als Helfer daran beteiligt zu sein. Am Abend des 31. Dezember d. J. fragte der Hausdiener bei einem Bier- und Kneipenbesucher, ob er nicht einen Schmelzerläse gebrauchen könne. Der Verkäufer, den er nicht nennen wollte, ist in Geldverlegenheit und der Hausdiener sei beauftragt, den Verkauf zu vermitteln. Der Händler nahm den etwa 120 Pfund schweren Kneipen an und zahlte dem Hausdiener dafür einen Betrag von 10 Mk. Bald nachdem er den Kneipen im Laden des Käufers, um ihn bewachen zu lassen, den Verkauf des geschlossenen Käses zu unterrichten. Dadurch kam die Sache am 2. Tageslicht und der Hausdiener wurde bald ermittelte. Er gab nun an, den Kneipen von dem Schlosser, der wegen Diebstahls bereits mit einem Jahr Gefängnis verurteilt ist, erhalten zu

meiner, die Leute sind so verfallen auf das Spiel — es liegt gar nicht in meinen Händen, das zu hindern. Die Angelegenheit wurde dem Verordnungsbeirat vorgelegt. Derselbe war am Vormittag des 16. September das in an die Zeitungskasse aufgegeben. Der Bericht zu Ehren gekommen, kein Spiel habe sie aufgegeben, weil er in der Nacht zuvor im Spiel wieder verloren habe. Als er darauf die dortigen Schenkele lokale durchwühlte, um nach seinem Sohne zu suchen, sah er im Restaurant von Ober-Estelera an einem Tische sitzen und merkte das in großer Verregung den Bedienten. Seine dortige Wohnung erfuhr er, was ihm schon vorher in seiner damaligen Aufregung unklar geblieben war. Er ergründete sich mit seiner Wohnung zurück, so wurde er vom Vorstehenden mehrmals ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß er auch durch Verweigerung im bekannter Karlisten sich eines Verbrechens schuldig machen könne. Wüßig unangenehm erwiderte dem Vorstehenden die folgende Äußerung des jüngeren Sozialisten, eben derselben, über den das falsche Verdacht in Umlauf gewesen war: „Verstehet über seinem Eide, er habe weder selbst jemals ein Karren- oder Mordspiel gespielt, noch auch von andern in Zentralbüro ein unerschütteres Glücksspiel spielen lassen. Der vorerwähnte Bedienter erklärte darauf, der Heuge werde die Unwahrscheinlichkeit, er werde dafür den Verweis durch mehr als einen Zeugen erbringen können. Infolgedessen wurde die Auflage des jüngeren Sozialisten, die er auch noch nochmaliger Verwarnung ungeachtet erhielt, zu Protokoll genommen und ihm die Öffnung eines Verfahrens wegen Meineids in Aussicht gestellt.“

Dürenberg, 2. Februar. (C. B.) Zudem ich schon gemeldet habe, daß es sich um noch folgende Nachrichten zu für das hiesige kaiserliche Lager hat ein Unteroffizier die Kasernen übernommen, der nebenbei noch Landwirtschaft treibt. Die Kasernen sind von seinen erwerbenden Arbeiter, deren Anzahl sich auf fünfzig beläuft. So wurde auch der verunglückte Arbeiter, der die Schute verfallen sollte, aus dem Spiel geschickt, um dort aus einer etwa 2 1/2 Meter tiefen Grube Futterrüben zu holen. Dabei ist um das Gerdloch zusammengedrückt und hat den Jungen unter sich begraben. Der Verunglückte hatte mit seiner Mutter zusammen zu wohnen müssen, da der Vater im Gefängnis sitzt. Der Unteroffizier ist bei einem Feiern schon bekannte Herr Brannmann, welcher im vergangenen Jahre ein Rencontre mit Kugeln hatte.

Wendisch, 2. Februar. (C. B.) Leberbeschwerden der Parvotismus! Am 27. Januar hielt der hiesige Arbeiterorganisationen ein Ball ab, bei dem natürlich die Frauen nicht fehlen durfte. Wie das nun bei derartigen Feiern üblich ist, war auch hier die schönste Solgerin im Gesellschaften. Die jungen mit Schärpen und Studierhüten die Abfische blühte, dann aber bewiesen auch die Älteren ihren Heidenmut. War nun zwei Tage vorher mannhaft fünf Wundler eingetreten, und glaubte man die Sozialdemokraten hinsichtlich der Feiern gelassen zu haben, so wußte man, was man mit der Zeit erwarten, wie man werden kann. In der Begeisterung verbrügelte man sich daher gegenseitig. Der Gendarm hatte gehörig zu tun, um nur einige Ruhest in die tapferen Soldaten zu bringen. Die Urteile der Mauterei ist noch nicht ganz feigeigelt. Jedenfalls glauben aber die Arbeitervereine, die Totentoten seien schon in Wendisch angelangt.

Soltau, 2. Februar. (C. B.) „Kufzähler.“ Wer nicht wählt, wie mir wollen, der flucht! Das scheint die Meinung des Oberleiters der Grube Augusta bei Wittenfeld zu sein. Am 28. Januar kam er zu einem politischen Bergmann und sagte ihm, daß er in acht Tagen aufbrechen könne. Als er nach dem Grunde der Kündigung gefragt wurde, erklärte der Oberleiter: „Sie haben in der Verammlung im Hohenzollern zu Wittenfeld politisch geäußert und die Polen gegen Bauernmeister aufgereizt. Sie sind der größte Aufwiegler in der Grube, denn sie haben die Polen aufgereizt, am 5. Februar den Sozialdemokraten zu wählen. Als weiteres Verbrechen“ zählte der Oberleiter, daß der Bergarbeiter politischer Flugblätter auf der Grube herumgetragen und offen Kundstund gibt, der nicht arbeitslos gemacht! Das ist wohl kein Terrorismus, Herr Oberleiter?“

Wenn der Oberleiter sich schon so eifrig um die politische Ansicht der Arbeiter kümmert, so wäre es auch angebracht, wenn er sich einmal eben so eifrig um die bestehenden Mißstände kümmern würde. Er wird da manches finden, wo Besserung zu schaffen ist und brauche seine Zeit dann nicht mit anderen Sachen auszufüllen!

Wolfsen, 2. Februar. Gemeinderatsitzung. In der letzten Sitzung wurde die Anschaffung eines Bedeckungsplanes beschlossen. Die Benennung der Straßen soll durch Schilder erfolgen; die Grundstücke sollen Nummern erhalten. Dem Tischlermeister Müller wird Oberleiter mit dem Wert von 200 Markmeter verkauft. Weiter wurde noch eine Armenliste erledigt.

Wolfsen, 3. Februar. Zu unserer künftigen Wahlbestimmung ist folgende Tabelle von Interesse, die nach der amtlichen Bestimmung die wichtigsten des sogenannten Wändens, des engeren Badwiger Kantonsbezirks, umfaßt:

Ort	Sozialdemokraten	Genauer zusammen	Gegen die Wahl 1903	Genauer
Badwisch	319	189	+ 49	- 80
Dürenberg	258	154	+ 79	- 10
Windensalbe	138	54	+ 22	+ 9
Randorf	178	98	+ 44	+ 13
Reinleipisch	67	67	+ 21	- 2
Gorden	70	54	+ 36	- 3
Dollshelba	25	132	+ 10	+ 52
Vauchhammer	65	83	+ 10	+ 52
Summa:	1199	727	+ 311	+ 29

*) Die beiden Orte hatten 1903 die Wahllokal.
Wir hatten also eine absolute Majorität von 408 Stimmen, einen Zuwachs von 311, während die Gegner nur 29 Stimmen Zuwachs hatten. Durch ein solches Verhältnis ist es möglich, anzulegen hat, mit einer Anhängerschaft noch bedeutend vermehrt, die der Gegner aber nach Kräften geschwächt werden.

Wolfsen, 3. Februar. (C. B.) Was geht hier vor? Im Auftrag des Landrats kam kürzlich der Amtspfleher zum Kallherer des Bergarbeiterverbandes, um Kasse und Bücher zu beschlagnahmen. Der Herr Genosse, der den Kallherer nicht fand, wurde mit dem Vorwissen des Kallherers zum Landrat vor sich zu haben und verlor die Kasse. Der Amtspfleher wurde resigniert, Kasse und Bücher erhielt er aber trotzdem nicht. Da beacht er sich zu dem in Naumburg wohnhaften Vertretermann der Bergarbeiter, wo er von der Frau die Kasse erlöste heranzog. Die Frau erfuhr, daß der Amtspfleher die Kasse zum Landrat gebracht und dem Bemerten, daß sie nicht nötig, auf sein Vorhaben verzichtete.

Im Verhüllnisheim zu Naumburg wurde eine Hausführung nach Altleibschitz durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband vorgenommen. Die Schlagarbeit wurde im Hofen Nr. 24 in Altleibschitz durch den Arbeiterverein werden wir uns bei diesem unangenehmen Liebesgelingen nicht beruhigen.

Was geht da vor? fragen wir nochmals. Ist man durch den prächtigen Wahlerfolg in unserer Gegend so verückt geworden, daß man nun den Gewerkschaften auf den Leib gehen will?

und Wigen in ihren Blutgläsern gedruckt hatten. Nach längeren Ausführungen über die Maßnahmen der Gewerkschaften, welche die Arbeiter zu beizugehen eines Wahlpflichtes um zu tun haben. Es wurde dann die Gewerkschaften aus dem Wahlkampf zu tun haben. Es wurde dann die Gewerkschaften aus dem Wahlkampf zu tun haben. Es wurde dann die Gewerkschaften aus dem Wahlkampf zu tun haben.

Reiner behalte noch die Wichtigkeit des Beitritts zu den Arbeiterorganisationen, durch die jeder Arbeiter erst seine Lage wirklich verbessern könne. (Redaktor Beiloff).

In der rage gehaltenen Diskussion nahmen eine Anzahl Genossen das Wort, die alle nach Erhellung aus dem Wahlkampf berichten über den Kampf des Reiner. Es wurde dann die Gewerkschaften aus dem Wahlkampf zu tun haben. Es wurde dann die Gewerkschaften aus dem Wahlkampf zu tun haben.

Fein, 3. Februar. (C. B.) Ein Fortschritt! Wie uns mitgeteilt wird, soll am 28. Januar nachts in die Wirt des Gasthauses „Zur Sonne“ ein Feuer ausgebrochen sein. Umfassen aus der Wirtshausgehe herbeieilenden Genossen zuerufen haben, sondern eines der Gäste in seinem Schlaf. Jedenfalls hätten sich unsere Genossen vorher informieren müssen, ob sie an das Gasthaus besuchten. Doch übrigens Herr Schmidt selbst, wenn möglich, auch diesmal nicht, aber sich doch schon über Genossen beklagend äußert, daß die Arbeiter schon geflohen seien. Was nun Gott anstellt, der ist in der Gewerkschaften, die sich nicht um die Arbeiter kümmern. Die Arbeiter sollten sich nicht um die Arbeiter kümmern. Die Arbeiter sollten sich nicht um die Arbeiter kümmern.

Fein, 3. Februar. (C. B.) Sammelstellen! Die noch ausstehenden Rechnungen wässern müssen, die ohne weitere Abgeben werden. Sämtliche Genossen sind schon an späterer Fertigstellung der Abrechnung.

Naumburg, 1. Februar. (C. B.) Ein „Befehrer“ Arbeiter wie ihn Ebenenamer in seinem ersten Vortrage schilderte. Identisch der Handarbeiter F. A. wohlhaft Variationsnummer 22 zu sein. Am Dienstag nachmittag begegnet er in der Großen Jakobstraße dem Baron v. G. aus Großhild, hält diesen auf der Straße an und ruft ihm auf die Sozialdemokraten. Er hat sich nicht um die Arbeiter kümmern. Die Arbeiter sollten sich nicht um die Arbeiter kümmern. Die Arbeiter sollten sich nicht um die Arbeiter kümmern.

Zwechen, 3. Februar. (C. B.) Christlich ist es nicht. Jeder kann nach seiner Religion sein, lautet die Aussage Friedrichs d. W. Nicht, aber die Meinung ist aber der heilige Geist, der die Arbeiter leitet. Die Arbeiter sollten sich nicht um die Arbeiter kümmern. Die Arbeiter sollten sich nicht um die Arbeiter kümmern. Die Arbeiter sollten sich nicht um die Arbeiter kümmern.

Hörselen, 2. Februar. (C. B.) Schänen des Schicksals! Man sollte eigentlich annehmen, daß die Arbeiter die Wahlkampfschlachten der Gewerkschaften gegen einzelne unserer Parteigenossen aufhören würden. Aber in Wirklichkeit ist das anders. Gleich Wildpfeffern fällt die gleiche verhasste Meute aus jetzt noch über uns her. Die Arbeiter sollten sich nicht um die Arbeiter kümmern. Die Arbeiter sollten sich nicht um die Arbeiter kümmern. Die Arbeiter sollten sich nicht um die Arbeiter kümmern.

Teutenthal, 31. Januar. (C. B.) Spielverruft! In Teutenthal soll nach den Augenzeugen vor dem Hohenfeld Schützenverein recht viel gespielt werden und schon manche Verluste durch die die Arbeiter zu Grunde gerichtet werden. Der dortige Gewerkschaftsleiter hat die Gewerkschaft des Drees schon häufig gewarnt, sie keine unerlaubten Glücksspiele in ihren Lokalen zu dulden. Auch hat er schon oft versucht, Spielverruft zu dulden. Auch hat er schon oft versucht, Spielverruft zu dulden. Auch hat er schon oft versucht, Spielverruft zu dulden.

Wolfsen, 3. Februar. (C. B.) Was geht hier vor? Im Auftrag des Landrats kam kürzlich der Amtspfleher zum Kallherer des Bergarbeiterverbandes, um Kasse und Bücher zu beschlagnahmen. Der Herr Genosse, der den Kallherer nicht fand, wurde mit dem Vorwissen des Kallherers zum Landrat vor sich zu haben und verlor die Kasse. Der Amtspfleher wurde resigniert, Kasse und Bücher erhielt er aber trotzdem nicht. Da beacht er sich zu dem in Naumburg wohnhaften Vertretermann der Bergarbeiter, wo er von der Frau die Kasse erlöste heranzog. Die Frau erfuhr, daß der Amtspfleher die Kasse zum Landrat gebracht und dem Bemerten, daß sie nicht nötig, auf sein Vorhaben verzichtete.

haben. Der Schloffer stellte aber dies mit Rücksichtlichkeit in Abrede und bestritt mit der Entwendung des Käses irgend etwas zu tun zu haben. Der Hausdiener müßte den Käse selbst gefüllt haben und der Täter schiebe ihn nur vor, weil er hoffe, dann nur wegen Bekleidet bestraft zu werden. Die Befragung des Schloffers beruhte somit nur auf Angaben des Angeklagten. Eine 50 Mark sollte sich der Hausdiener mit dem Schloffer geteilt haben. Der Staatsanwalt identifie den Angaben des Witzensteins keinen Glauben; er sah den Hausdiener als den Dieb an und beantragte gegen diesen 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahr Haft. Der Gericht hat sich auf denselben Standpunkt und sprach den Schloffer frei. Hinsichtlich des Hausdieners nahm das Gericht aber doch nur Bekleidet an und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Schöffengericht.

Salle, 1. Februar.
Behandlung Geisteskranker. Ein 25-jähriger Fabrikarbeiter von Witten war bis zum Juli d. J. zehn Monate lang als Wärter in der hiesigen psychiatrischen Klinik tätig gewesen. Am nachmittags des 31. Juli wurde er beim Durchstreifen eines nicht zu seinem Bereich gehörenden Krankenzimmers von einem der darin beschäftigten Wärter gebeten, ihn doch für einige Minuten bei der Behandlung eines bettlägerigen Nervenkranken unterhalten zu wollen. Der Kranke, ein Landwirt, irraute sich heftig gegen Übernahme von Medizin, die ihm vom Wärter verabreicht werden sollte. Der Angeklagte griff auf die Bitte mit zu und hielt dem Kranken beide Hände fest. Schon bei dieser Hilfestellung soll er nach Aussage im gleichen Saale untergebrachten Patienten nicht dergeachtet haben. Als dann dem Kranke nach gewöhnlich eingeholter Medizin scheinbar nach dem Angeklagten schlief, jedoch ohne ihn zu treffen, verlegte der eigenartige Kranke dem Kranken einen zeratzigen Fußsack ins Gesicht, das dem Angeklagten aus seinem völlig gelunden Gesicht zwei Jahre ausgebrochen wurden und aufgedem Lippen und Jange aus mehreren Rissen heftig zu bluten begannen. Die Wutung war so stark, daß der schnell herbeigerufenen Wachtar anfangs die Art der Verletzungen gar nicht erkennen vermochte. Wegen dieser Handlungsweise wurde der Angeklagte sofort entlassen, zumal da auch früher schon einige Klagen, wenn auch milderer Art, gegen ihn laut geworden waren. Außerdem wurde gegen ihn Strafandrohung wegen Körperverletzung gestellt. Heute vor Gericht wurde er, allen anderen Zeugnissen entgegen, glauben zu machen, er habe den Kranken nicht geschlagen, sondern dieser mühe sich die Verletzungen selbst zuzuziehen haben. Solche Selbstverletzungen kämen bei Nervenkranken in Wutanfällen mehr als einmal vor. Der als Sachverständiger geladene Wachtar bestätigte die letztere Behauptung als an sich richtig; im vorliegenden Falle aber sei eine Selbstverletzung völlig ausgeschlossen. Zugaben müßte allerdings werden, daß die Behandlung gewisser Nervenkranker sehr schwierig sei. Namentlich jüngeren Leuten werde es in der Tat mitunter außerordentlich schwer, gegenüber dem Angriff solcher Kranke Ruhe und Gleichmut zu bewahren. Es könne daher vorkommen, daß sogar völlig tabellarische Wärter sich schließlich einmal vergewissen. Man entlasse dann zwar auch sie, um den guten Ruf der Anstalt zu bewahren, ist indes jedoch ein Zeugnis aus, daß sie eventuell an andere Anstalten wieder aufgenommen könnten. Mit Rücksicht auf diese Darlegungen befreite das Gericht den Angeklagten, obwohl seine Tat sehr roh sei und die vom Staatsanwalt beantragte Freiheitsstrafe von drei Wochen Gefängnis an und für sich nicht wohl verbiete, nur mit einer Geldstrafe im Höhe von 15 Mark.

Stadt-Theater.

In Meisters Prophecie werden der Alstirn große Aufgaben gestellt. So musikalisch hoch und verlogen die Meisterwerke ist, so bildet sie zudem einen vorzüglichen Stoff, die Fälligkeiten einer Alstirn zu erkennen. Gehten stellte sich als Fides Margarete Mary Melan vom Stadttheater in Dortmund vor. Die Alstirn hat einen sehr schönen Vortrag, jedoch verstand sie es nicht, das Fides zu der damaligen Größe herabzulegen, wie sie beispielsweise von der Frau Schumannsheim dargestellt. Von unterer bisherigen Alstirn, Kräutlein (Stimm wiederholend angeordnet wird. Einen Vergleich mit anderen jungen hiesigen Künstlerin hält sie nicht aus. Der Vortrag der Alstirn Melan ist nicht rein. Auch fehlt der Dame in der Partie die Kraft. An die Gesangsweise der Alstirn müßte man sich erst gewöhnen. Im Spiel ließ sie manches vernünftig. Kurz vor in der herrlichsten aller Alstirnen Partien nicht hervorragendes Leistung, dürfte sich kaum in weniger brillanten Partien besser bewähren. Wenn Herr Gogel als Johann an manchen Stellen, auch in der großen Partie des dritten Aktes, weniger den Stimmung hervorstechen müßte, so wäre das höchst schade. Brillant gab Fräulein Stoll ihre Partie. Das Wiederwiederholen war mit den Herren Birckhoff, Kumann und Königler bezeugt. Mit der andernbaren Partie des Grafen Oberthal fand sich Herr Fritzinghaus gut ab. Herr Fritzinghaus hatte die musikalische. Herr Fritzinghaus die jeweilige Leistung. Alles Hauptes zwei bis drei. Nur sollten für das Fides die hübschen Töne, die doch das beste von Weneber sind, eingeleitet oder die Schlußstück-Produktion wenigstens von hervorragenden Varieteeinflüssen ausgeführt werden. M.

Briefkasten der Redaktion.

J. F. Beelenhädt. Der Reichstag ist auf fünf Jahre gewährt. Die Glieder müssen auf sämtlichen Dampfern umgelegt werden bei Durchfahrten unter Herr. Reichstag.
D. L. in W. Diese Forderung ist noch einlagbar. Sie würde verjährten am 31. Dezember d. J. wenn die Waren zum Privatgebrauch geliefert waren, am 31. Dezember 1909, wenn sie für Wirtschaftsbetrieb geliefert sind.
H. G., Hirsch 100. Steuern muß auch der mit Ehrenpflicht Bezieher bezahlen.
E. W. Die nächste Reichstagswahl findet nach fünf Jahren statt.
K. R., Könnern. Wenn wir die Aufschriften aller Annoncen nicht auf die Redaktion und einzelne Genossen abdrucken wollten, hätten wir viel zu tun.
W. M. R. 101. Das brauchen Sie keine Stempelmarke.
Übersröllingen. Eingeladener Bericht ist sehr unklar gehalten. Bitte den Sachverhalt genauer zu schildern.
W. Weidlich. Bericht ist zu spät eingelaufen. Die Auforderung wurde erst Sonntag früh im Blatt veröffentlicht.
W. M. 27. 1. Is. G. vor Günter 1 in Wädendorf bei Chemnitz geboren und jetzt Parteisekretär für Baden in Karlsruhe.

Aus dem Reich.

Breslau. Bei einer Kaisergeburtstagsfeier in Wädendorf wurden eine Anzahl junger Bergleute, die beim Kaiserhoch sitzen blieben, gemalisch aus dem Saale entfernt. Sie verübten ihmern Landfriedensbruch, demolierten sämtliche Fenster des Saales, bombardierten mit Steinen a. die Türen. Acht Personen wurden verletzt.
Berlin. Ein gräßlicher Schwinder. Ein italienischer Graf wurde hier auf Veranlassung einiger Juwelenhändler festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Graf Guttepe L., welcher seit Ende November in einen vornehmen Hotel in der Nähe des Potsdamer Bahnhofs wohnte, besaß alle, was er konnte, mit Geldes auf die Societe Generale in Paris. Bei einem der größten hiesigen Juweliere kaufte der Graf, welcher schon öfter in Berlin und ein Kunde des Geschäftsmannes gewesen war, für 40000 Mk. Brillanten. In den nächsten Tagen wollte er von einer ersten Firma ein solches Antiquat erwerben und damit nach Monte Carlo fahren. Nachdem durch eine hiesige Bank ersehen, daß der Graf in Paris keinerlei Guthaben besaß, seine Checks also wertlos sind, ferner wurde bekannt, daß der Graf einen hier gefaßten Goldschmuck für 25000 Mk. in London verlegt hatte. Diese Entdeckungen hatten zur Folge, daß Graf L. aus seinem Hotel heraus vertrieben und nach Monte gebracht wurde. Am Mittwoch traf auch noch einer seiner Parter Juweliere, ein Juwelier, hier ein, der von ihm 80000 Reichs. zu bekommen hat.

Vermischtes.

* **Die Gruben-Katastrophe im Saarrevier.** Von den verunglückten Toten konnten alle bis auf 3 geborgen werden. Die Leichen setzten sämtlich furchtbare Verletzungen, konnten aber von den Angehörigen an der Leichenart festgestellt werden. In den Seimatsbüchern der Leichenregister fanden über 100 Verletzungen statt; in Schmeiler und Landsweiler vorlag Bischof Koran von Trier die Totenliste. In Keden wird die gefürchte Sohle wieder zur Befahrung hergestellt, man vermutet, binnen kurzem die Beförderung wieder aufnehmen zu können.

Bestimmungen

über die Benutzung der Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Die Bibliothek steht jedem Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis nach Vorlegung des Mitgliedsbuches unter folgenden Bedingungen unentgeltlich zur Verfügung:

1. Entleihe Bücher dürfen bei einem Umfange von ca. 100 Druckseiten nicht länger als 3 Wochen, solche von größerem Umfange nicht länger als 6 Wochen erhalten werden.
2. Mitglieder, welche die oben festgesetzte Preist überschreiten, haben für je weitere Woche 5 Pf. Benutzungsgeld zu entrichten. Weigert sich ein Mitglied, dieses Gehöhr zu zahlen, verliert er das Anrecht auf Benutzung der Bibliothek.

Sonntag von 10 bis 12 Uhr mittags.

Gebno werden vor und nach den im Vereinslokal stattfindenden Versammlungen Bücher ausgegeben.

Der Leser ist für den guten Zustand des entlehnten Buches verantwortlich. Bei etwaigem Verlieren hat er das Buch zu ersetzen.

Der Vorstand.

Verzeichnis

der größeren Lokale in Halle und dem Saalkreis, welche der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. zur Verfügung stehen:

In Halle:

Belkebe, Lindenstraße,
Kornthaus, Karlstraße.
Drei Könige, N. Klaus-u. Cleariusstr.-Eck.
Worshipburg, Sarg,
Weißes Hof, Geißstraße,
Englischer Hof, Großer Berlin.
Rappensches Lokal, Unterberg (früher Faulmann).
Erholung, Martinsberg 6, 3. Hof.
Schramms Restaurant, Werdergasse, (Herr's Hof).
Sportbar (Vogt).

In Giebichenstein:

Burgtheater, Dohlestraße.
Trotha: Bernfels Restaurant, Büchelstraße.
Gagenmann, Zur Sachsenburg.

Grünewald:

Grünewald: Lindenhof.
Wittenberg: Gasthof zur Sonne.
Crimmitschau: Gasthof von Augustin.
Burg bei Rodenau: Restaurant zum Burgschloßchen.
Leitzna: Witwe Krause.
Friedrichshagen: Gasthof von Gant.

Das Lokal am Leuchturm und Meisters Hof in Canena (Besitzer Otto Neidke) stehen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung.

Der Vertrauensmann.

Letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 4. Februar. In einer Wählerversammlung im Schumanntheater sprach gestern nachmittag Bebel in anerkennendster Rede. Er gestandete u. a. die Kolonien und kritisierte scharf das Verhalten Dernburgs. Bebel sprach jedoch das Todesurteil über den Liberalismus aus, der nach seiner Haltung im Wahlkampf, seine Grünsbereidigung Deutschland für immer verloren habe und wandte sich alsdann gegen die unwahren Behauptungen der Gegner über die allgemeine Haltung der Sozialdemokratie zum Kleinhandwerk und Mittelstand und schloß mit der Aufforderung, Dienstag für die Sozialdemokratie einzutreten.

Saarbrücken, 4. Februar. Die Sozialdemokraten des hiesigen Wahlkreises geben für die Stichwahlen zwischen Nationalliberalen und Zentrum Stimmempfehlung (?) als Wahlparole aus. Die Wahl des Nationalliberalen ist damit gesichert.

Elbing, 4. Februar. In Elbing-Varlenburg fordert das Zentrum's Wahlkomitee auf, unter keinen Umständen einen Sozialdemokraten zu wählen. Die Wahl v. Oldenburg wird freigelegt.

Büschel, 4. Februar. Wegen die Wahl des Sozialdemokraten Schmarz ist wegen Unregelmäßigkeiten bei der Wahl Protest eingelegt worden.

St. Johann, 4. Februar. Bis heute sind von den neun vermissten Bergleuten aus der Grube Keden noch acht als Leichen geborgen worden. Sämtliche 149 Tote sind jetzt rekonstruiert.

Wittland, 4. Februar. Der Zustand des Schiffspersonals kann als beendet betrachtet werden. Die Ausständigen heilen geteilt in Gema eine Verlamung ab, in der sie die Verbesserung zu veranlassen mußten, den Generalausland zu protokollieren.

Ausrichtung des Zentral-Agitations-Komitees für den Regierungsbezirk Merseburg.

Von Fräulein St. von der Mansfelder Tour jurist 2-M. Gustav Schmidt.

Verantwortlicher Redakteur i. V.: A. Mollenhuth in Halle.

Die Preise der Lebensmittel steigen immer noch. Jetzt haben sich unter dem Zwange der Notwendigkeit die bedeutendsten Margarine-Fabrikanten entschlossen, infolge der anhaltenden Erhöhung der Preise für Milch, Speiseöl und Mehl, den Bestandteilen der Margarine, ihre Preise ebenfalls zu erhöhen. Bei den korrenden Preisen für Naturbutter ist der Verbrauch von Margarine aber auch jetzt noch sehr lohnend.

Partei-Sekretariat für Halle und den Saalkreis

Harz 42/43, Hof, 2 Treppen.

Gewöhnlich Dienstag und Donnerstag früh von 9-1 Uhr nachmittags von 4-8 Uhr.

Illustrierte Neue Welt-Kalender für das Jahr 1907

à Stück 40 Pfg. sind eingetroffen.

Zu beziehen durch alle Ansträger und in

Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Zeits- Zeits- Ausverkauf

wegen Geschäftsverlegung.

Wegen Verlegung meines Geschäfts von Wendischstr. 33 nach Rahnestr. 19-20, unterstelle ich mein sämtliches Warenlager einem Ausverkauf.

Derselbe bietet die günstigste Gelegenheit zu Konfirmanden-Einkäufen, da selbst die zum Frühjahr bestellten neu eintreffenden Waren dem Ausverkauf unterstellt werden. Die Waren werden, um möglichst viel vom Umfange damit zu räumen, bedeutend unter den sonstigen Verkaufspreisen verkauft.

J. Seckel, Zeit.

Bei allen Einkäufen 5 Prozent in bar oder Rabatmarken.

Landesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, Febr.

Angebieten: Nip. Walthoff und Gies. Kuhn (Verkauf) u. Fochterstr. 38. Schneider (Verkauf) u. Elisabeth Hartmann (Planerhöhung 43). Former Dreifloß u. Minna Schmidt (Thüringerstraße 31).

Eheschließungen: Arbeiter Haterberg und Anna Finger (Kleiner Sandberg 20). Buchhalter Marckisch I. (Hud. Panmiller 14). Maler Summe Jun. C. und U. Wilmshöferstr. 28. Maler Pöhlert I. (Katholische 26).

Geboren: Leihführer Kertel J. (Sommergasse 12). Buchhalter Marckisch I. (Hud. Panmiller 14). Maler Summe Jun. C. und U. Wilmshöferstr. 28. Maler Pöhlert I. (Katholische 26).

Geboren: Arbeit. Pöhlert S. 5 F. (Almit). Von Auguste Altheide geb. Schröder, 87 J. (Große Brauhäuserstr. 7). Kaufmann Weber, 50 J. (Altheide-Krankenhaus).

2. Februar.

Angebieten: Der Rangierer Garre u. Frida Lindner (Krausenstraße 18 u. Freimühlstraße 21). Häder Knop u. Emma Weder (Waldstraße 43).

Eheschließungen: Zeichner Bierich u. Anna Wetz (Friedrichstraße 51). Arbeiter Sennig u. Karoline Jolowitz (Häckerstr. 8 u. Wilmshöferstr. 64). Hausm. Bieker u. Frida Knauth (Bilhelmshaus und Richterstr. 8). Zeichner Gebhardt und Berta Bauer Werdergasse 149 und Wackerstr. 24. Kupferer Sude u. Frida Guntlich (Katholische 12). Holzgerber Schmidt u. Frida Braumann (Sörgig und Streiberstr. 15). Arbeiter Kreyman u. Ulrie Wirtler (Werdergasse 47 u. Weinbergstr. 29). Polkotte Reinhardt und Anna Ludwig (Karlottenstraße 18a u. Wählig). Maurermeister Beer und Johanna Graf (Weina u. Landsbergerstraße 59).

Geboren: Kaufm. Voreng C. (Goschstraße 7). Bureauassistent Foll I. (Bollmannstraße 10). Direktor Kriebitz I. (Königsstraße 43). Postassistent Zeigler S. (Thomaststr. 9). Kammermann Haas S. (Zaunberg 7) und mann Haas S. (Zaunberg 7).

Geboren: Bau. Weichenheller Etöde, 74 J. (Mauerstraße 14). Schloßers Knödel E. (Mauerstraße 7). Arbeiter's Richter Gieseler Berta geb. Sparlam, 22 J. (Elisabeth-Krankenhaus). Dreifloßentuch. Kubrt Gebraun Auguste geb. Zehe, 43 J. (Almit). Arbeiter's Gehler Maria geb. Gieseler, 43 J. (Almit).

Halle-Nord, Burgstr. 18, 1/2 Feb.

Angebieten: Tischler Schumack und Thela Gippert (Albrechtstraße 40 und Friedrichstraße 6). Arbeiter Klein u. Anna Richter (Mauerstraße 8 und Große Brauhäuserstr. 7). Geschäftsführer Dittmerer und Gisse Trübner (Trifflstraße 29).

Eheschließungen: Former Arbeiter und Minna Nebeling (Weißstraße 42). Graueur Gieseler.

Ich u. Amalie Vinke (Gr. Steinstraße 70. Wittenmühlstraße 35). Invalide Sennig und Emma Müller (Richard Wagnerstr. 40). Schloßers Thelle und Emma Selim (Kandnerstraße 20 und Wilmberg 38). Arbeiter Friedrich und Anna Schlimm (Kudwig Wuderestraße 24 und Weinbergstr. 25). Polkotte Ende und Emma Behrendt (Weißstraße 106).

Geboren: Steinleiger Lena S. (Gardenbergstr. 37). Arbeit. Müller E. (Große Ballstr. 39). Geschäftsführer Quider (Katholische 17). Badermeister Richard T. (Gr. Brauhäuserstr. 11).

Geboren: Bremers Kaufmann L. (Leitzna). (Leitzna). 10. Meldebüchereis Kaufm. J. 4 Mon. (Waldstraße 4). Arbeit. Zeigler aus Zschmütz, 2. 3. 3. (Dankonienhaus). Bernhede, Beate Amalie Richter aus Schindewalde 20 J. (Nervenklin.).

Makulatur verkauft
Genossensch. Druckerei.